

Lichtenstein-Coburger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Nödling, Bernsdorf, Nösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudersdorf, Ortmannsdorf, Nüssen St. Nicola, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurn, Niedermüssen, Ruchsnappel und Zirkheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königl. Amtsgerichtsbezirk

58. Jahrgang.

Nr. 257.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

Mittwoch, den 4. November

Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

1908

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtagen nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 50 Pfennige, durch die Post bezogen 1 Mark 75 Pfennige. Einzelne Nummern 10 Pfennige. Anzeigen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Amalienstr. Nr. 5 b, alle königlichen Postämtern, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die halbspaltigen Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfg. berechnet. Reklamazeile 30 Pfg. Im amtlichen Teile kostet die zwispaltige Zeile 80 Pfg. Preisdruck-Ausschluss Nr. 7. Inseratentnahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Bekanntmachung.

Am Jahrmärts-Donnerstag, den 5. November dieses Jahres dürfen die offenen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr bis 10 Uhr abends geöffnet bleiben.

Lichtenstein, am 3. November 1908
Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Anlässlich des am 5. und 6. November dieses Jahres in hiesiger Stadt stattfindenden Jahrmärtes geben wir folgendes bekannt:

1. Den Besuchern des Jahrmärtes ist jedes Feilbieten von Waren während der Zeit von Donnerstag abend 10 Uhr bis Freitag vorm. 7 Uhr verboten.

2. Der Bezirk, in welchem zum Jahrmärte Waren feilgeboten werden dürfen, wird wie folgt abgegrenzt: Chemnitzstraße von der Hospitalkasse bis zum Anfang der Hauptstraße, Feldplatz, Hauptstraße einschließlich der sog. großen Erdbe, Markt, Schulgasse, Kirchgasse, Kirchplatz, Marktgräben, Färbegasse, Schloßgasse, Topfmarkt, Tuchmarkt und Schloßberg.

3. Während des Jahrmärtes ist das Feilbieten von Waren im Umhergehen innerhalb des Jahrmärtsbezirks (Punkt 2) verboten.

4. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden gemäß § 149 Ziffer 6 der Reichsgewerbeordnung mit Geld bis zu 30 Mark oder Haft bis zu 8 Tagen bestraft.

Lichtenstein, am 3. November 1908.

Der Stadtrat.

5. und 6. November Jahrmarkt in Lichtenstein.

Das Wichtigste.

* Die zweite sächsische Kammer bewilligte gestern unter anderem den Nachtragset für die Universität Leipzig, für die im Etat 1908-1909 nurmehr 1.384.085 Mark eingestellt sind.

* Graf Zeppelin unternahm gestern nachmittags bei schönem Wetter mit der Herzogin Wera von Württemberg eine dreiviertelstündige Fahrt über den Bodensee.

* Der Kronprinz von Serbien hat in Petersburg die Erklärung erhalten, daß Rußland nur so lange Serbien moralisch unterstützt, als dieses einer friedlichen Lösung der Krise nicht entgegenwirft.

* In Tibet ist ein Aufstand ausgebrochen. Die chinesischen Truppen sind geschlagen worden.

* Der erkrankte Staatssekretär des Auswärtigen W. von Schoen wird vorläufig durch den deutschen Gesandten in Bukarest S. von Siderlen-Wächter ersetzt.

* Heute nacht wurde in Trebnitz das auf dem Friedhofe befindliche Grabdenkmal für die im Jahre 1866 dort verstorbenen preussischen Soldaten von Tschechen zum zweiten Male zerstört. In fast allen böhmischen Städten kam es zu Zusammenstößen der Deutschen mit den Tschechen.

Zur Kanzlerkrisis.

Die „ommerziellen-Politik“ hat hauptsächlich mit Schluß der „Schwarzen Woche“ ihr Ende gefunden, denn so kann es im Deutschen Reiche nicht weiter gehen, wenn es nicht bei allen Völkern auch das Ansehen, was nach den jüngsten Vorgängen übrig geblieben ist, noch einbüßen soll. Die Art der Politik, die wir oben kurz bezeichneten, hat dazu geführt, daß Deutschland nicht die Jügel im Weltentzweier führte, sondern sich von den Ereignissen überrollen ließ, bis wir zuletzt selbst unsere vielbeneidete Stellung in Konstantinopel einbüßen, wie sehr man sich auch jetzt noch im Widerspruch mit der eklatanten Tatsache sträubt, die Realität der Dinge anzuerkennen.

Bei den Mächten Frankreich haben wir wenig Glück gehabt mit über angebrachten Liebenswürdigkeiten. Die Annahme, ernste britische Geschäftsteile könnten sich durch Hinweise auf die Schwankungen unseres Marktes und auf die aus ihnen hervorgegangenen Liebesdienste für England zu einer freundschaftlichen Datuna bestimmen lassen, ist ganz unverständlich. In der Politik gibt es keine Dankbarkeit. Nur Festigkeit, Entschiedenheit und Folgerichtigkeit in einem zielbewußten Streben vermögen den Feinden unseres Vaterlandes Respekt einzuspielen. Bevor sich diese Erkenntnis in Deutschland nicht allgemein Bahn bricht, wird kein Kanzler- und kein Ministerwechsel die Lage bessern. Kein Zweifel: Die jüngsten Vorgänge werden unsere Bedränger ermutigen. Nur rasches und energisches Handeln kann daher die Gefahren der gegenwärtigen Lage beschwören.

Die „Norddeutsche“ macht in ihrer Wochenendausgabe noch einen schwachen Versuch, die Situation zu

retten, indem sie schreibt: „Es gehört ein starkes Maß politischer Unerschlichkeit dazu, um dem Kaiser, der die Veröffentlichung gar nicht angeht, sondern nur, nach Vertagung des Reichstages, zuzulassen hat, nachvollziehliche Nebenworte in Verbindung mit Fragen der aktuellen Politik, wie die Störung bestehender Entwürfe oder anderer Verhandlungen zuzuschreiben. Es ist auch nicht abzusehen, wie die der Widerlegung historischer Irrtümer gewidmeten Äußerungen geeignet sein sollen, die Beziehungen zwischen den Großmächten zu beeinträchtigen. Die Beziehungen zwischen Rußland, England und Frankreich sind, als die in der Unterredung berührten Vorgänge bereits der Geschichte angehört, auf eine neue Grundlage gestellt worden, die heute ihre durch sachliche Erinnerungen nicht geschwächerte Geltung hat.“ Warum diese Widerlegung historischer „Irrtümer“ überhaupt erfolgt ist, und weshalb das deutsche Volk als in seinen „mittleren und unteren Klassen“ als prinzipiell enlandfeindlich gebraucht werden mußte, das weiß freilich auch die „Norddeutsche“ nicht zu erklären.

Auch die sächsische Zeitung unternimmt noch einen leisen Rettungsversuch. Sie spricht zwar von einer „großen Verwirrung“, erklärt aber, was die Äußerungen des Kaisers selbst anbelange, in den Chor der Tadler nicht einstimmen zu können. Wir fürchten sehr, daß diese offiziöse Bemühung nicht viel mehr helfen wird; denn die deutsche Presse aller Parteien — ja ohne Ausnahme — lehnt die in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichte offizielle Erklärung als völlig unzureichend ab. In zahlreichen Organen — sowohl in Berlin wie in der Provinz — ist die Kritik jetzt noch weit schärfer, die Tonart noch erbitterter als vorher. Mehrere derartigen Blätter, die bisher für „Bülows-offiziös“ galten, hatten es für richtig, sich vom Kanzler loszusagen. Und von den ausländischen Stimmen lassen nur einige österreichische ein Bedauern erkennen über Bülows' Nahe, die jählich zum Rücktritt des Kanzlers führen muß. Alle anderen ausländischen Blätter sehen mit ironischer Schadenfreude in dem Rücktritt Bülows die Konsequenz seiner kaum entsetzlichen Handlungen.

So bedauerlich die Zustände in der Wilhelmstraße nun auch sind, es wäre doch noch bedauerlicher, wenn die Reichstagsdebatte — die freilich nur stattfinden kann, falls Herr Bülow solange im Amte bleibt — einzig zu einer Debatte über das Versehen des Fürsten Bülow, über das unberührt geliebene Manuskript und über die Reformbedürftigkeit des Auswärtigen Amtes gemacht werden sollte. Diese Debatten können wir zur Genüge, und wir wissen auch, daß sie mit neuen Versprechungen und höchstens mit der Opferung eines Unterbeamten zu enden pflegen. Noch wichtiger als die Verteilung der Arbeit in den Bureaus erscheint die Verteilung der Rechte und Pflichten an der Spitze des Staates, und genau würde man selbst über einige Umordnung in den Schreibstuben ein Auge zudrücken, wenn wir oben, auf den höchsten Stufen der Pyramide, alles in Ord-

nung wäre. Die Vorgänge, die das Kaiser-Interview enthält, die der Kaiser selbst „verschobenen englischen Persönlichkeiten“ erzählt hat, zeigen mit seltsamer Klarheit den Tätigkeitsdrang Wilhelms II. und den Schaden, den ein von guten Absichten erfüllter Monarch durch solche Regsamkeit stören kann. Keine von diesen Tatsachen ist durch den offiziellen Entschuldigungszettel ausgeglichen, und neue Überforderungen sind heute so gut möglich wie vorgestern, wenn das „sic volo, sic jubeo!“ oberste Losung und Befehl im Staate bleiben. Es muß unbedingt verlangt werden, daß Einrichtungen getroffen werden, welche für die Folge volle Sicherheit gegen die Wiederholung solcher Vorgänge bieten, nicht zuletzt im Interesse der Person des Monarchen und unserer monarchischen Institutionen. Auf die Reichstags-Debatten darf man gespannt sein!



Fürst Bülow

von Schoen

Mit der Vertretung des sächsisch erkrankten Staatssekretärs des Auswärtigen von Schoen, der ausbleibend schon die Absonderungstracht hat, ist der deutsche Gesandtschaftsträger in Bukarest von Siderlen-Wächter beauftragt worden. Herr von Schoens Rücktritt ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Ebenso hält sich allgemein die Auffassung, daß die Stellung des Fürsten Bülow unhaltbar geworden sei. — Wir bringen daher unseren Lesern heute die Bilder der Männer, die im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in der Presse am meisten erwähnt werden.

Deutsches Reich.

Preceden. Rückzug der Staatsregierung in der Sparlastenfrage. Die sächsische Staatsregierung hat mit ihrer Verordnung vom 2. August 1908 über die Auflegung des Sparlastenverbandes unter dem Eindruck des vernichtenden Urteils der Reichs- und Petitionsdeputation der zweiten sächsischen Kammer schließlich den Rückzug angetreten. Die Beratung der bekannten Petition des sächsischen Sparlastenverbandes hätte im Plenum der Kammer, nach dem Deputationsgutachten zu schließen, sicherlich zu einer scharfen Kritik der nach